

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonntag jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühr),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Geschäftsführer u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.

Redaktion und Expedition:
Hamburg, St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.
Zellungs-Preisliste Nr. 8802.

Inhalt: „Fundamentale Grundsätze“. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Verschlebung. — Eingegangene Schreiben. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen.

„Fundamentale Grundsätze“.

Diese Ueberschrift trägt ein Artikel, in welchem der „Gewerkverein“, das Organ der Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine, sich gegen die Behauptung wendet, daß diese Vereine, in ihrem verhältnismäßig langen Dasein sich nicht verändert hätten, daß sie ohne jede lebendige Entwicklung starr dieselben geblieben seien. Das Gegentheil sei wahr; es hätten zahlreiche Statuten- und Reglementsänderungen stattgefunden; die Gewerkevereine, große wie kleine, seien heute „ganz andere Vereinsgebilde, wie vor dreißig und selbst vor zehn Jahren“. Ueberall herrsche Ausbau und Wandel. So sei die Streitunterstützung, die Arbeitsstatistik etc. eingeführt worden; der Verband habe sich bei internationalen Kongressen und Vereinigungen vertreten lassen. Dann heißt es:

Namentlich in den letzten Jahren haben die Gewerkevereine durch das weit stärkere Eingreifen in die Arbeitskämpfe, sowie möglich in Verbindung mit anderen Organisationen, bei der Bewegung durch die großartige Bewegung gegen die Zuschlagsvorlage und den Brotwucher, durch die periodische Arbeitslosen-zählung, die Schritte zur Beschränkung der Nachtarbeit usw. eine so stätte und nachhaltige Bewegung, im engen Gewerkevereinsinne geleistet, daß nur tendenziöse, feindselige Gerüchte sie in Abrede stellen kann.

Aber bei all dieser „lebendigen Entwicklung“ habe der Verband sich seine „fundamentalen Grundsätze“, seine „leitenden Prinzipien“ gewahrt. Das Blatt stellt diese Grundsätze wie folgt zusammen:

Die deutschen Gewerkevereine stehen erstens auf dem Boden der gegenwärtigen, durch gewaltige geistige und physische Kämpfe errungenen Gesellschaft, beruhend auf freier Privatwirtschaft, selbstständiger Familie, Freiheit und Rechtsstaat — im Gegensatz zu dem Kollektivismus, der zwingenden Gemeinwirtschaft aller Produktion, alles Vermögens und damit wesentlichen Aufhebung der individuellen Freiheit und Familie.

„In engem Zusammenhang mit diesem ersten Grundsatz steht der zweite. Unsere Organisation erstreckt die Verbesserung und Emporhebung der materiellen und geistigen Lage der arbeitenden Klassen hauptsächlich durch genossenschaftliche Selbsthilfe, als das naturgemäße, praktisch bewährte, dem Prinzip der freien Privatwirtschaft entsprechende Mittel. Zur Ergänzung und Unterstützung soll daneben auch die gesetzliche Staats- und Gemeindegeldhilfe in Anspruch genommen werden.

„Im Zusammenhang mit dem Prinzip der freien Privatwirtschaft usw. steht nicht minder der dritte Fundamentalsatz der deutschen Gewerkevereine: Voll gleichberechtigte, aber nicht unerschütterliche, selbstständige Stellung der Arbeit zum Kapital, vielmehr Erstehen bauernder Verbände, die zwischen beiden auf Grund und zum Wohle ihrer und des Gewerbes gemeinsamen Interessen. Bei freier Privatwirtschaft im Rechtsstaat ist, wenigstens auf Generationen hinaus, mit dem Vorhandensein des Kapitals, d. h. der Kapitalisten und Unternehmer, unbedingt zu rechnen, sind also auch ihre wesentlichen Interessen, neben denen der Arbeiter, anzuerkennen. Dies bedingt notwendig, wenn nicht ein dauernder Krieg aller gegen alle und damit das Aufheben des Brodes und der Grundlage aller Wirtschaft, der Produktion, einzuweisen soll, die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zwischen beiden Theilen, unter Wahrung der beiderseitigen Interessen.

„Es kann nichts Einfacheres und Klareres geben, als diesen richtig verstandenen Harmoniepunkt für die deutschen Gewerkevereine richtig verstanden, bedeutet derselbe durchaus nicht, daß mit allen Unternehmern und in

jedem Falle, in jeder Einzelheit, Interessengleichheit besteht; er bedeutet nur, aber das ist von fundamentaler Wichtigkeit, daß an sich, im ganzen Gefüge des wirtschaftlichen Lebens, das Bestehen und Fortwachsen der Interessen von Kapital und Arbeit zusammenhängt, daß dasselbe auch im Einzelnen erreicht werden kann, und daß es erreicht werden muß, wenn nicht beide Theile, insbesondere auch die Arbeiter, und das ganze Gewerbe schweren Schäden leiden sollen. In diesem Sinne bildet der Interessenausgleich durch friedliche Verständigung, statt durch ausschlaggebenden, zerstörenden Kampf, in der That einen fundamentalen Grundsatz der deutschen Gewerkevereine, und gerade einen solchen, auf dessen früheste Aufstellung und konsequente Festhaltung sie besonders stolz sein können.“

So der „Gewerkverein“. Bedingterweise kann zugegeben werden, daß die Hirsch-Dunder'schen Organisationen heute allerdings nicht das mehr sind, was sie in der ersten Zeit ihrer Existenz waren. Wollen wir aber ganz korrekt urtheilen, so müssen wir sagen: Sie sind überhaupt nicht das geworden, was sie nach der Absicht ihrer Gründer werden sollten. Thatsache ist, daß die Gründung dieser Vereine — nach dem eigenen Zeugnis des Mitbegründers Franz Dunder — von der ehemaligen Fortschrittspartei bewirkt worden ist, und zwar zu politischen Zwecken. Die Politiker wollten — so erklärt einer der Führer dieser Partei, Ludwig Damberger, in seiner Schrift „Die Arbeiterfrage“ (S. 95) — „in den Arbeitern Bundesgenossen finden“. Die Gewerkevereine wurden — unter falscher Berufung auf das „englische Vorbild“ — in's Leben gerufen nicht im Interesse der Arbeiter, nicht um eine Organisation der Arbeiter für die Arbeiter zu schaffen, sondern um einer dem bürgerlichen Liberalismus gefährlich werdenden Arbeiterorganisation entgegen zu treten. Die Arbeiter sollten geduldet werden, der Bourgeoise Hilfe zu leisten im Kampfe gegen die durch Vassalle hervorgerufene sozialdemokratische Bewegung.

Die fortschrittlichen Agitatoren, Dr. Max Hirsch und Genossen, hielten in Reden und Zeitungsartikeln den Arbeitern die „bürgerliche Freiheit“ als Lockmittel vor die Nase; sie bezeichneten die Arbeiter als die „treibende Kraft der liberalen Partei“. Aber diese Partei hatte ihre Zeit dahin. Es ging mit dem bürgerlichen Liberalismus rückwärts in demselben Maße, wie es mit der Sozialdemokratie vorwärts ging und die selbstständige Arbeiterbewegung sich entwickelte. Daneben hatten die Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine keine Möglichkeit, ein nennenswerther oder gar ausschlaggebender Faktor im wirtschaftlichen und politischen Leben zu werden.

Bereits in den siebziger Jahren schrieb ein sehr objektiver Beurtheiler, der konservative Sozialpolitiker Dr. R. Meyer, in seinem „Emancipationskampf des vierten Standes“ (1. Ab., S. 289 ff.) Folgendes:

„Viele Arbeiter gehören den Hirsch'schen Vereinen nur ganz äußerlich an, obwohl sie den Herrn Hirsch verabscheuen und schon vollständig zu den Sozialdemokraten übergegangen sind. Sie bleiben in jenen Vereinen aber, weil sie Jahre lang zu den Kranken- u. Kassen beigetragen haben und nun nicht durch Austritt alle verlieren wollten.“

Endlich muß man nicht vergessen, daß Hirsch von diesen Arbeitgebern, ja jetzt fast von der ganzen Fabrikantenwelt protektionirt wird, die ihn durch die Arbeiter, welche die Arbeiter bauernd haben und vor dem Einfluß der Sozialdemokraten schützen. Viele Fabrikanten kommandiren ihre Arbeiter förmlich in die Hirsch-Dunder'schen Vereine.“

Erstere Urtheil trifft noch heute zu und zwar weit mehr als zu der Zeit, wo es gefällt wurde. Aber von einer nennenswerthen Sympathie der Arbeitgeber für die Gewerkevereine kann heute, nachdem sie ihre ursprüngliche Aufgabe, die Arbeiter vor der Sozial-

demokratie zu schützen, gründlich verfehlt haben, nicht mehr die Rede sein.

Die Berufung des „Gewerkverein“ darauf, daß die von ihm vertretenen Organisationen eine „lebendige Entwicklung“ durchgemacht haben, ist wie folgt richtig zu stellen:

Ursprünglich standen diese Organisationen völlig auf dem Manchesterstandpunkt, daß der Arbeiter „sich selbst helfen“ müßte. Erst durch die Macht der Verhältnisse, durch die Logik der Thatsachen sind die Herren Hirsch und Genossen dahin gebracht worden, sich gegenüber sozialpolitischen Reformfragen nicht mehr grundsätzlich ablehnend zu verhalten. Die großartige Bewegung, welche die sozialdemokratische Partei und die auf dem Boden des demokratischen Sozialismus stehenden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zu Stande brachten, hat auf die Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine einen nicht zu verkennenden Einfluß ausgeübt. Sie haben selbst die Hand dazu geboten, daß das im „Gewerkverein“-Artikel so hoch gefeierte „Fundamental-Prinzip der freien Privatwirtschaft“ mehr und mehr durchbrochen wurde. Aber sind die „Schritte zur Beschränkung der Nachtarbeit usw.“, von denen der Artikel spricht, etwa keine Durchbrechung dieses Prinzips? Das Prinzip der Selbsthilfe, das in verständigem Sinne stets auch von der Sozialdemokratie anerkannt und geübt worden ist, hat durch die von den Gewerkevereinen unterstützte Arbeiterschutzgesetzgebung eine wesentliche Einschränkung erfahren. Die Herren Dr. Max Hirsch und Genossen haben sich dem Zuge der Entwicklung anbequemen müssen, die vor der freien Privatwirtschaft nicht Halt macht und der Selbsthilfe die Hälfte des öffentlichen Lebens zur Seite stellt.

Und der „Harmoniepunkt“? Nun, der ist ja immer ein utopischer gewesen und hat nicht die geringste praktische Bedeutung erlangt. Die Herren Dr. Max Hirsch und Dunder haben das Harmonie-Ideal von dem französischen Nationalökonomen Bastiat übernommen. Dieser stellte die Lehre auf: „Laßt die Menschen in absoluter wirtschaftlicher Freiheit arbeiten, tauschen, lernen, sich assoziieren, aufeinander wirken, weil nach dem Naturgesetz sich aus ihren Bestrebungen von selbst Ordnung, Einklang und Fortschritt im Wohlfühlen bis in alle Unendlichkeit ergibt.“

Wir wissen heute, daß dieses Harmonie-Ideal die Feuerprobe der Praxis nicht bestanden hat. Jeder Gewerkevereiner, der die Nothwendigkeit der sozialen Gesetzgebung anerkennt, verleugnet damit die vom „Gewerkverein“ formulierten Grundsätze von der unumschränkten wirtschaftlichen Freiheit und der „Interessen-Harmonie“. So, der Verfasser des „Gewerkverein“-Artikels selbst befreit geradezu diese Harmonie, indem er erklärt, in den letzten Zeiten hätten die Gewerkevereine weit stärker in die Arbeitskämpfe eingegriffen; sie waren also genöthigt, sich mit der Disharmonie, mit dem Interessen-Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital abzufinden, so gut wie andere Arbeiterorganisationen.

Es ist also ein Konfession, wenn der „Gewerkverein“ rühmt, die Hirsch-Dunder'schen Organisationen hätten „konsequent festgehalten“ an „fundamentalen Grundsätzen“.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Kiel, Neustadt i. Holstein, Burg a. Schwanen, Altona-Wärder, Buxtehude, Wiesebe, Wismar, Ramm, Lübeck, Waike, Rotenfelde-Neuenhof, Brandenburg a. d. H., Ziesewitz, Rühl, Quedlinburg, Coblenz, Sothen, Lübeck.

Ueber den Stand des Streiks ist Neues nicht zu berichten. Die Unternehmer haben schwarze Listen herausgegeben, doch wird dies schon als etwas Selbstverständliches angesehen und kann daher nicht mehr überraschen.

Ueber den Stand des Streiks in Schönebeck-Elbe wird uns geschrieben:

Der hiesige Maurerstreik scheint eine längere Zeit anzuhalten. Die Forderung der einheitlichen Maurer wird nicht berücksichtigt, den Italienern aber wird mehr gegolten als die Einheimischen beanspruchen. Das ist ein kapitalistischer Patriotismus. Die Italiener sind noch bei den Herren selbst einlogiert. Unternehmer W. Schmidt hat eine größere Anzahl in seinem neuen Hause in der Kaiserstraße untergebracht; auf die Gesundheit dieser Armen scheint er aber wenig Wert zu legen, denn, wie uns mitgeteilt wird, logierten die „Maurer“ im Keller. Oder sollte der Herr schon genug haben von der „Baufant“, zu der diese Ausländer befähigt sind. Ein Wunder wäre es wirklich nicht.

Wir hatten Gelegenheit, den am Neubau in der Salzstraße beschäftigten Trupp eine längere Zeit zu beobachten; unwillkürlich einschlüpfen uns Mitleid des Beobachters, das wir seinen Photographen bei uns hatten, um dies wahrhaft erschütternde Bild auf ewige Zeiten der flammenden Mitleid und Nachhilfe zu übermitteln. Bei einem Unternehmer sollen die „Maurer“ am dritten Pfingsttage nicht gearbeitet haben. Das ist sehr auffallend. Daß die Unternehmer die Italiener am liebsten zu sich wie möglich wieder los sein möchten, beweist folgender Satz, den sie in die „Schönebecker Zeitung“ lanciert haben:

Zum Auslande. Auf den hiesigen Bauten sind für die im Auslande lebenden Maurer und Bauarbeiter bis jetzt 80 italienische Maurer und 20 Bauarbeiter eingestellt worden. Diefelben sind für die ganze Bauzeit fest angenommen. Die Arbeitgeber sind aber gewillt, die hiesigen Maurer wieder einzustellen, wenn sie aus dem Verbanne aus-
scheiden.“

Also den Austritt aus dem Verbanne, Aufgabe des geschlossenen Koalitionsbundes, mußten diese Leute ihren Arbeitern zu. O nein, Ihr Herren, so haben wir nicht gemeint! Seht nur zu, wie Ihr mit Euren Italienern fertig werdet. Unseren können dieselben auch noch für das nächste Baujahr fest angenommen sein, das verspricht uns nichts, wird doch an anderen Orten ebenfalls Brot gebacken. Was auf das Streikcomité sind die Streikenden ablegerst, mit dem Versprechen, daß, falls sie Italiener antreten, sie diese nach Schönebeck importieren wollen, weil dort für diese Südländer das geeignete Klima herrscht. (Was soll auch noch anderswärts der Fall sein. D. Reb.)

Die Unternehmer haben aber noch eine weitere Dummheit begangen, als mit ihrer Einstellung unfähiger Italiener, indem sie den Austritt aus dem Verbanne verlangen. Das kann böß werden, wenn der Staatsanwalt das erfährt. Der § 163 der Gewerbeordnung gilt auch für die Unternehmer. Da haben sich die Kerne eine schöne Suppe eingebrodert. Herrn Bachmann wollen wir noch mitteilen, daß, wenn er meint, von den Arbeitgebern aus dem Verbanne trete, sei ein Lump, er auch die Pflicht habe, seine Kollegen vor Drohungen und Gehverletzungen zu warnen.

Im Baugewerbe Braunschweigs wird es zu einer allgemeinen Arbeitskräftemangel kommen, denn eine am Sonnabend, den 24. Mai, tagende Zimmererversammlung beschloß, in den Streit zu treten, weil die Verhandlungen, welche mit der Baugewerksinnung bezüglich der Erhöhung des Lohnes von 50 auf 55 J. geschlossen wurden, als gescheitert betrachtet werden. Der Vorstand der Innung konnte sich nicht entschließen, auch nur an eine Nothverfügung zu denken, geschweige denn zu bewilligen. Es traten nun am Montag, den 26. Mai, rund 200 Zimmerer in den Ausstand. Damit ruht die Arbeit auf den Zimmerplätzen, mit einigen Ausnahmen, vollständig. Die Maurer werden dadurch in erster Linie in Mitleidenschaft gezogen. Zugang von Bauhandwerkern nach Braunschweig ist strengstens ferngehalten.

In Stuttgart-Neckarhöf wurde am 19. Juni vorigen Jahres der Abbruch des Lohnzuges der Vereinbarungen getroffen, daß zwei Monate vor Ablauf desselben eine Sitzung der Lohnkommission mit den Arbeitgebern stattfinden soll, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Diese Sitzung fand nun am 21. April dieses Jahres statt; doch wurde kein bestimmtes Resultat herbeigeführt, trotzdem seitens der Arbeitnehmer eine Verlängerung des jetzigen Tarifes auf ein Jahr beantragt war. Das Bestreben der Unternehmer ließ vielmehr darauf hinaus, den Arbeitern einen verschlechterten Lohnzettel aufzudrängen und zwar soll nicht mehr wie bisher Sonnabends eine Stunde früher als an den übrigen Tagen Feierabend sein, sondern es soll auch am Sonnabend voll gearbeitet werden. Auch der Mindestlohn von 42½ J. will den Unternehmern nicht behagen.

In der letzten Mitgliederversammlung des Zweigvereins wurde entschieden Stellung gegen jede Verschlechterung des jetzigen Tarifes genommen und die Lohnkommission beauftragt, nochmals schriftlich eine Verlängerung des Vertrages zu beantragen. Doch dieses Schreiben kam wider Erwarten uneröffnet zurück. Ob hierdurch jedwede weitere Verhandlung ausgeschlossen ist, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen; vermutlich haben die Herren Unternehmer noch etwas Bedenkliches vor. Jedemfalls beweist die Nichtannahme des Briefes, wie groß die Klugheit der Herren von den Arbeitern ist, und welche Uneinigkeit diese Unternehmer sich im Herzen derer verdienen, von denen sie durch zahllose Tätigkeiten bereichert werden.

In Koblenz sind am 16. resp. 20. Mai 520 Kollegen in den Streit getreten, da die Unternehmer sich auf keine Unterhandlungen einließen. Geordert werden 10stündige Arbeitszeit (statt bisher 11 Stunden) und 40 J. Stundenlohn. Außerdem: Besseren Schutz für Leben und Gesundheit, anständige Bauten, bessere Arbeitslagen und einige sonstige dem Zeitgeist entsprechende Forderungen. Daß die Unternehmer „Herren im Hause“ bleiben wollen, ist bei den rückständigen Koblenzer Verhältnissen nicht anders zu erwarten. Und so ist es auch erklärlich, daß bei den sehr maßvollen Forderungen in einem Ort mit starker Lebenshaltung für die Arbeiter die Unternehmer es nicht einmal der Mühe werth halten, die Kollegen einer Antwort würdig zu achten. Umgefahr 70 Maurer und 40 Parlierer haben sich dem Streik nicht angeschlossen. Daß aber die Unternehmer mit diesen durchsichtlichen minderwertigen „Arbeitswilligen“ die Arbeit nicht bewältigen können, ist selbstverständlich bei der überaus reichen Arbeitsgelegenheit. Die Unternehmer sind deswegen schwer in der Klemme. Willst du wäre es möglich gewesen, die 70 „Arbeitswilligen“

zur Arbeitsniederlegung zu bewegen, wenn Versammlungslokale zu haben wären, um Aufführung unter der Mauer zu bringen. Es ist nicht einmal eine Anekdote für ein Streikbureau zu bekommen und mußten deshalb die Kontroll- und Befehlshaber in Wohnungen der Kollegen eingerückt werden. Am ersten Tage des Streiks sah man überall ein hartes Polizeiaufgebot, aber die gute Disziplin der Streikenden mußte die rückständigen Kollegen „Eisener“ anerkennen. Ueber Belästigung durch die Polizei kann ebenfalls nicht gellagt werden. Hoffentlich gelingt es, die Koblenzer Unternehmer bald zur Anerkennung der Forderung zu bewegen. — Nach einer Meldung der „Frankfurter Zig.“ soll Umfrage gehalten worden sein, wie viel Maurer sich unter den in Koblenz garnisonierten Soldaten befinden. Es geht das Gerücht um, es sollten Soldaten als Streikbrecher „beurlaubt“ werden. Wahrscheinlich haben die Unternehmer, bei dem der Wunsch der Vater des Gedankens sein mag, das Gerücht ausgenutzt. Wir vermögen vorläufig nicht zu glauben, daß die Willkürherrscher etwaigen Anträgen der Unternehmer Folge geben wird. Die Parole: „Angehörige der Arbeiter“ würde doch gar zu offensichtlich sein. Uebrigens können auch die Unternehmer wissen, daß sie bei der Beschäftigung von Soldaten keine Seide spinnen werden. Das Gerücht sollte wohl nur als Schreckgespenst wirken, hoffentlich ist aber auch diese Wirkung nicht erzielt worden.

Die Unternehmer in Stuttgart haben die Abmachungen mit den Kollegen für null und nichtig erklärt. Die Führer der Unternehmer hatten in ihrer Versammlung einen Bericht gegeben, in dem von einem Mindestlohn gar nicht die Rede war, wenigstens nicht in der Weise, wie er laut den Abmachungen zu zahlen gewesen wäre. Die Maurer forderten natürlich auf den Bauplätzen ihr Recht auf einen Lohn „von 48 J. an“, das mußte zu einer Kollision führen. Schließlich, wie die Unternehmer nun einmal sind, verlangten sie eine Umwandlung der Abmachungen in ihrem Sinne. Sie mußten sich aber dem Gewerbestreik, Herrn Dr. Siegel, auf Grund der Originalurteile befehlen lassen, daß ihre Verleumdung falsch war. Nun wurde ein anderer Anlaß gesucht, um die letzten Abmachungen abschütteln zu können. Paul Hauser gerichete sich wie folgt: ein Schimpf, worin nach dem andern, eine Verleumdung nach der andern flog über den Tisch hinweg den Arbeitervertretern ins Gesicht. Der Zweig war erschrocken: die Arbeiter sollten zu unüberlegten Worten oder vielmehr zu etwas Schlimmerem provoziert werden, damit man dann erklären konnte: mit solchen Leuten kann man keine Vereinbarungen aufrecht erhalten. Dieser Versuch glückte aber nicht. Die Arbeiter verhielten sich ihren gerechten Lohn, und schließlich mußten Hauser und Konsorten Farbe bekennen: Wir wollen die Abmachungen nicht mehr, sie sind null und nichtig, um dann zum Amtsinhaber des Herrn Dr. Siegel förmlich hinauszuführen. Die Maurer sind jetzt um eine Erfahrung reicher, sie wissen jetzt: die Werkmeister der Hauser'schen Richtung wollen keinen ehrlichen Frieden im Baugewerbe. Demgegenüber gilt es jetzt bei den Maurern, sich zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, auf welche sich die Unternehmer aller Wahrscheinlichkeit nach während des Streikzuges vorbereiten haben.

Der Streik in Weitz wird wegen starken Zuguges aus der Gegend von Döbeln, Tarnowitz und Weichen vorläufig vertagt worden. Die Kollegen haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen, sind aber fest entschlossen, zu geeigneter Zeit ihre Forderungen von Neuem zu erheben und erforderlichenfalls mit Nachdruck durchzusetzen.

Die Lohnbewegung in Königsberg i. Pr. hat sich jetzt gute Fortschritte gemacht. Abgleich die Unternehmer, welche nicht in der Innung organisiert sind, auf die Schreiben der Lohnkommission keine Antwort ertheilten, haben sich, nachdem die Kollegen die Arbeit bei mehreren Unternehmern einstellen, die meisten bereit erklärt, die Forderung von 60 J. Stundenlohn bei zehnständiger Arbeitszeit durch Unterschrift anzuerkennen. Es haben sieben Unternehmer von den neun gesparten bewilligt. Bei weiteren acht Unternehmern ist am 22. Mai die Arbeit eingestellt worden, von welchen bereits einer die Forderung bewilligt hat; die übrigen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen bewilligen müssen. Es bleiben dann nur noch einige nichtorganisierte Unternehmer nach, mit welchen der Kampf in den nächsten Tagen aufgenommen werden muß, um auch diesen die zünftige Forderung abzurufen. Auch die Innungsmeister haben sich in der kurzen Zeit der Lohnbewegung sehr reger mit den Wünschen der Kollegen beschäftigt. Während der Verhandlung mit dem Gesellenauschuss sind sie zu dem Ergebnis gekommen, daß der Gesellenauschuss nicht das Vertrauen der gesamten Maurer Königsbergs besitzt, weil er nur von einem kleinen Bruchtheil der Kollegen gewählt ist, folglich würden auch die Bedingungen, welche eventuell zwischen Gesellen und Innung abgeschlossen würden, wenig Bedeutung haben. Die Innung wünscht aber nicht nur im Interesse der Kollegen, daß die Lohnverhältnisse festgelegt werden, sondern auch im Interesse der Meister selbst, weil niedrige Löhne noch nie zum Segen des Handwerks geführt haben. Aus diesen Gründen wollten einige Meister die Meinung der Vertreter der Maurer kennen lernen. Es fand dann auch eine Besprechung zwischen Herrn Raufert, einigen Mitgliedern der Streikkommission und dem Vorsitzenden des Gesellenauschusses statt. Herr Raufert, ein vernünftiger, einsichtiger Mann, vertritt die jüngere Vertagsrichtung, welche sich in den letzten Jahren unter den Unternehmern in verschiedenen Städten Bahn gebrochen hat; auch erwidert er nach seinen Ausführungen keinen Nachsehl in der offiziellen Anerkennung der Arbeiterorganisation, nur kann er sich nicht darin finden, daß die Gewerkschaft der Arbeiter eine wirtschaftliche Organisation ist, sondern er erwidert in bestimmten Schreie, gehalten muß, obgleich die Lohnfrage nichts mit der politischen Stellung der Arbeiter zu thun hat. Von den Vertretern der Maurer wurde nach einer längeren Auseinandersetzung das Prinzip, welches in den Ausführungen des Herrn Raufert hervorgehoben wurde, anerkannt, nur wurde angeordnet, daß sich schon die Mehrzahl der Königsberger Meister dafür gewinnen ließe. Würde aber eine Verständigung über die Form der Ausführung herbeigeführt, würde auch die Durchführung und Aufrechterhaltung der gegenseitigen Vereinbarung durch die Maurerorganisation gesichert sein. Nach einem Bericht des Gesellenauschusses, welcher in der gut besuchten Versammlung am 22. Mai erstattet wurde, betonte Kollege Kuhnle, daß auch die Gesellenmeister eine Änderung des jetzigen Zustandes wünschen, und daß sich die Versammlung der Meister der Ansicht

des Herrn Raufert angeschlossen habe. Um eine bessere Verständigung zwischen Innung und Gesellen herbeizuführen, habe die Versammlung der Meister gewünscht, daß der jetzige Gesellenauschuss sein Amt niederlege, damit den Gesellen Gelegenheit gegeben sei, Personen zu wählen, welche auch die Interessen der Königsberger hinter sich haben. Auch hätten sich die anwesenden Mitglieder des Ausschusses im Interesse der Gesamtheit bereit erklärt, ihr Amt niederzulegen, welches Schicksal von der Versammlung begünstigt wurde. Bezüglich der Sperre, welche am Freitag, den 16. Mai, über das Baugeschäft von Groß verhängt worden ist, habe die Versammlung entschieden, daß die Kollegen von Groß zu Unrecht entlassen wurden, indem Groß durch einen Irrthum dupirt worden sei. Groß verpöbelte sich, alle Maurer wieder einzustellen, wenn die Sperre wieder aufgehoben würde. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß es der Innung nur darum zu thun sei, die Kollegen hinzukommen, und daß wenig auf die glatten Worte der Meister zu geben sei. Von der Streikleitung und dem Kollegen Schwarz wurde ausdrücklich betont, daß auch, selbst wenn die Meister die Absicht verfolgten, die Sache in die Länge zu ziehen, die Kollegen nichts zu verlieren hätten, weil noch lange nicht alle Unternehmer bewilligt hätten und darum der Kampf während der Verhandlung mit den Unternehmern ungeführt weiter geführt werden könne. Es sei auch ein taktischer Fehler, Verhandlungen, welche noch nicht zu Ende geführt sind, abzubrechen. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Maurerverammlung nimmt Kenntniß von dem Bericht des Gesellenauschusses über die Meisterversammlung und erklärt sich mit dem Vertragsprinzip, welches in dem Bericht niedergelegt wurde, einverstanden. Die Versammlung erklärt aber, die Form, in welcher das Verhältnis zur Durchführung gebracht werden soll, ist durch Verhandlung mit der Streikkommission festzusetzen. Weiter erklärt die Versammlung ausdrücklich, keine Sperre bei den Innungsmeistern zu verhängen, bevor die Verhandlungen nicht einigüßig erledigt sind; ferner beauftragt die Versammlung die Streikkommission, die Angelegenheit Groß der Nothwendigkeit entsprechend zu regeln.“

Seit dem 20. d. M. befinden die Kollegen in Dömitz sich im Streik. Es sind folgende Forderungen gestellt: 1. Zehnständige Arbeitszeit anstatt der bisherigen elfstündigen. 2. Der Stundenlohn soll von 32 J. auf 35 J. erhöht werden. 3. Die Lohnzahlung soll Sonnabends auf der Baustelle stattfinden und muß am Schluß der Arbeitszeit beendet sein. 4. Es soll auf Neu- oder Durchgängen eine weiterdichte und beschreibbare Baubau vorhanden sein.

Die Unternehmer haben die Forderung abgelehnt und dafür folgendes Angebot gemacht: 1. Arbeitszeit während der Sommermonate d. J. soll auf 10½ Stunden, dem kommenden Jahre ab auf 10 Stunden festgesetzt werden. 2. Der Stundenlohn von 32 J. soll bis 1. Oktober d. J. bestehen bleiben, vom 1. Oktober bis 1. Januar werden 34 J. und vom 1. Januar 1903 ab 35 J. pro Stunde bezahlt. 3. In den Betrieben, wo Lohnzahlungen am Sonnabend noch nicht eingeführt sind, sollen dieselben mit erster Zahlung eingeführt werden. 4. Die Forderung bezüglich der Baubau soll bewilligt werden.

In Rüdicht auf die frühen Erfahrungen, die die Kollegen mit den Verhandlungen der Unternehmer fast überall gemacht haben und angesichts der überaus glänzenden Baubauverhältnisse, die die Kollegen bei ihrer Forderung zu bekämpfen. Sie sind der Meinung, daß die Unternehmer die geringfügige Forderung ganz gut bewilligen könnten, ohne sich dabei gar zu arg anzugreifen. Da die Verhandlungen fruchtlos blieben, wurde der Ausstand beschlossen. An demselben Tag 72 Kollegen und fünf Parlierer beteiligten, während drei Kollegen und ein Parlier bei der Arbeit verblieben. Zwölf Kollegen arbeiten bei drei Unternehmern zu den neuen Bedingungen, und es sind abgerufen. Von den Streikenden sind 85 verheirathet, mit einer Kinderzahl von 55.

In Malschin befinden sich die Kollegen noch im Streik. Zwei Unternehmer haben bewilligt, drei derselben verhalten sich noch ablehnend. Viele von den Kollegen sind abgerufen.

Der Streik in Wiedebe dauert bereits sieben Wochen ununterbrochen fort, ohne daß irgend ein Angebot seitens der Meister gemacht worden ist. Die Arbeit wird aber immer dringender und die Kollegen sind entschlossen, auszuhalten, bis die Forderung 35 J. statt 28 J. Stundenlohn voll und ganz erreicht wird. Von den 27 anfalligen Kollegen sind noch 7 am Orte, die übrigen sind abgerufen und weitere werden abgehen. Die Unternehmer bemühen sich, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Vor drei Wochen sollten schon zehn Mann von Neubaus kommen, sie sind aber ausgeblieben. Dem Unternehmer Diet ist es in voriger Woche gelungen, vier Mann von Döbeln zu bekommen. Hoffentlich gelingt es, sie bald wieder aufzuführen, daß sie bald wieder verschwinden. Angeblich sollen es zwei Gesellen und zwei Lehrlinge sein. Da Herr Diet selbst neun Lehrlinge beschäftigt, kann man ermeinen, wie die Arbeiter ausgeführt werden. Auch lassen die Meister kein Mittel unberührt, um glauben zu machen, die Arbeit würde ohne die Streikenden fertig, indem sie mit den Lehrlingen und aus zwölf Stunden täglich arbeiten. Der Unternehmer Dürmster hat einem Handlager Hammer und Kelle gekauft und nun wird darauflos gemauert; früher war dieser Handlager Müllergeresse. Der Kampf wird aber nicht mehr lange dauern, denn die Einwohnerschaft von Wiedebe ist jetzt auf Seite der Streikenden und die Geschäftsleute fliegen über schlechten Geschäftslage, weil die Maurer nicht arbeiten. Es soll den Meistern schon von dieser Seite gesagt worden sein, sie möchten nachgeben, die Gesellen bekamen doch ihren Willen. Und so wird es auch wohl kommen. — In den Freudenbergen der Unternehmung ist am letzten vergangenen Sonntag ein recht bitterer Tropfen gefallen, indem es den Streikenden gelang, die aus Döbelnburg ausgezogenen Kollegen wieder zur Arbeit zu bewegen. Hoffentlich können sie nun bald zu der Einsicht, daß es besser ist, mit den Kollegen in Frieden zu leben und ihre geringfügigen Forderungen anzuerkennen, als mit ihnen in Unfrieden zu leben und sich dadurch in's eigene Fleisch zu schneiden.

Der Streik in Leer ist am 20. d. M. aufgehoben worden. In einer Versammlung der Streikenden wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Streik ist vorläufig aufgehoben. Die Maurer Leers erwarten jedoch, durch die von dem Herrn Bürgermeister versprochenen anzuwendenden Unterhandlungen mit den Meistern ihre Wünsche erfüllt zu erhalten, und beauftragen aus diesem Grunde die Leitung ihres Verbandes, so lange diese Unterhandlungen nicht geregelt, den Zugang von Maurern nach Leer

fernhalten. Des Weiteren wird vorhergehend, wenn diese Verhandlungen resultativ verlaufen, bei geeigneter Zeit wiederum in den Streik einzutreten.

Die Kollegen in **Terra** und **Waldow-Hofmeyerhütte** sind am Montag, den 26. Mai, in den Streik eingetreten; in **Rauen** wurde die Arbeit bereits am 21. Mai eingestellt.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Am Dienstag, den 13. Mai, fand in **Altenburg** die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Kollege **Gehner** erstattete zum ersten Punkt Bericht über die Gaufonferenz, welche in **Altenburg** tagte. Er schilderte in verständlicher Weise den Verlauf der Konferenz und wies darauf hin, wie notwendig es sei, daß diese Gause errichtet sind; denn Arbeit gebe es überall genug; besonders treffe dies für den Gau **Leipzig** zu. Hierauf erstattete Kollege **Opitz** Bericht vom Kartell. Nach den statistischen Erhebungen des Kartells haben sich in diesem Jahre an der Maifeier 2371 Personen beteiligt, darunter 880 Maurer von den 420 am Orte Beschäftigten. Zwei Nähmaschinenfabriken haben ihre Arbeiter, 500 an der Zahl, auf mehrere Tage ausgeperrt. 15 Mann find ganz aus der Arbeit gekommen; diese sollen Unterstützung erhalten, zu welchem Zwecke Sammelkassen ausgeschrieben werden. Im nächsten Punkt: Sammlung zu einem Unterstützungsfonds, führte der Vorsitzende, Kollege **Opitz**, aus, es sei bei diesen Kollegen schon lange der Wunsch vorhanden gewesen, eine derartige Einrichtung zu treffen, und soll nun endlich auch dieser Frage näher getreten werden. Trotzdem zu erwarten sei, daß eine ganze Anzahl Kollegen auch anderer Meinung sein wird. Man müsse aber bei derartigen Angelegenheiten die Ansichten kennen lernen; daher sei es nötig, daß die Kollegen sich in sachlicher Weise ausprechen zu folgendem Vorschlag: Die Versammlung wolle beschließen, einen Unterstützungsfonds einzuführen und hierzu pro Mitglied wöchentlich 5 A zu zahlen. Die Sammlung soll in der Weise geschehen, daß anhand der 40 A-Markte die 45 A-Markte eingeführt wird. Nachdem der Vorsitzende diesen Vorschlag begründet hatte, wurde in die Diskussion eingetreten. Kollege **Reich** hob sich nicht gegen den Vorschlag, warum man diese Einrichtung treffen wolle; wenn Geld gebraucht würde, dann wäre ja die Kasse da. In einem Zweigverein irgend eine Unterstützung einzuführen, wäre nicht möglich, das müßte immer nur durch die Zentralisation geschehen. Es entspann sich nun eine längere Debatte, alle Redner waren jedoch für den Vorschlag, nur war ihnen der Beitrag von 5 A pro Woche nicht hoch genug. **Trillhoff** beantragte, es sei 5 A zu lassen. Der Beitrag soll aber nicht durch die Kollektur eingebracht werden, sondern durch **Ertragsmarken**, welche auf Bauten zu vertreiben sind. Nachdem noch mehrere Redner für den Antrag **Trillhoff** gesprochen, wurde derselbe gegen eine Stimme angenommen. **Reich** stimmt mit dafür. Es wurde noch beschlossen, einen Ausschuss nach Langenleuba zu machen und am 8. Juni ein Sommerfest abzuhalten. Der Kollege **Windner** aus **Waldow**, welcher vor zwei Jahren wegen **Alfordarbeit** ausgeschlossen wurde, ist wieder aufgenommen worden, nachdem er K. 10 in die Kasse eingebracht hatte. Unter denselben Bedingungen soll auch **Winkler** wieder aufgenommen werden. Weiter wurde beantragt, **Wittmoß** nach **Wingst** auf allen Bauten die Häuser zu kontrollieren. Der Vorsitzende machte dann noch bekannt, daß sämtliche Junggeheilen, welche in diesem Jahre die Lehre verlassen, sich dem Verband anschließen haben. Er erwähnt dieselben, neben den Pflichten in ihrem Berufe auch die Pflichten der Organisation gegenüber zu erfüllen. Dieses sei aber nur möglich, wenn sie die Versammlungen fleißig besuchen und das Fachorgan fleißig lesen. Hierauf erfolgte Schluß der vorläufigen Versammlung.

Eine Generalversammlung des Zweigvereins **Berlin** (Maurer) tagte am 6. Mai im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der zweite Vorsitzende, **Frühlich**, geleitete den Bericht der Monatsberichterstattung. In einer am 24. April stattgefundenen Generalversammlung wurde der Beschluß gefaßt, den 1. Mai als Weltfeiertag zu feiern. Hierzu wurden am 1. Mai in der Versammlung Kontrollmarken herausgegeben. Es haben an der Versammlung 6491 Kollegen und bei den Lokalorganisationen circa 8000 teilgenommen. Nicht man das Resultat zusammen, so ergibt sich, daß 95 Pct. aller in Berlin arbeitenden Kollegen den 1. Mai gefeiert haben. Die Unternehmer hatten beschlossen, daß alle diejenigen, welche den 1. Mai feiern, bis zum 8. Mai ausgeperrt werden sollten. Thatsächlich wurden am 2. Mai 1184 Kollegen gemeldet. Nur wenige Firmen haben jedoch den Beschluß, alle Feiernenden auszusperrten, strikte durchgeführt, denn wo die Arbeit notwendig war, wurde am 2. Mai weitergearbeitet. Die Unternehmer bewussten den Eid, die Kollegen am 30. April wegen Mangels an Material aussetzen zu lassen und sie am 2. Mai wieder einzustellen, bloß um an ihren Beschluß, die Arbeit acht Tage ruhen zu lassen, nicht gebunden zu sein. Hieraus geht zur Genüge hervor, daß die Unternehmer wieder einmal schamhaftig Fiasco gemacht haben. In Zukunft werden sie wohl den Maurern ruhig den 1. Mai freilassen. Auf einem Bau der Firma **Hels & Frank** hatten sämtliche Handwerker den 1. Mai gefeiert. Es waren dort beschäftigt circa 60 Arbeiter, 80 Zimmerleute u. s. w. Diese alle formten am 2. Mai wieder anfangen, nur die Maurer nicht. Darauf legten die übrigen Arbeiter sämtlich die Arbeit nieder und verlangten energisch die sofortige Einstellung der Maurer. Da nun dieses verweigert wurde, erklärten sie, die Arbeit nicht eher aufzunehmen bis die Maurer wieder eingestellt würden. Durch Verstandes des Vorsitzenden mit der Firma wurden die Kollegen am Montag, den 5. Mai, wieder eingestellt. Somit wieder ein Beweis, wie weit die Macht der Organisation im Stande ist, den Unternehmern gegenüber aufzutreten. Die Vorlage der Kommission, betreffend die Unterstützung der Gemäßigten, wurde angenommen. Dieselbe lautet: Für die gemäßigten Kollegen wird die Unterstützung am Mittwochabend von 8-10 Uhr in der Bezirkskassette ausgezahlt. Arbeitslose Kollegen erhalten in der Zeit von 2-7 Uhr ebenfalls Unterstützung. Für arbeitslose Kollegen wird, soweit dieselben Stempel in der Kontrollkarte haben, die Unterstützung ebenfalls in den Bezirken ausgezahlt. Arbeitslose Kollegen, welche keinen Stempel in der Kontrollkarte haben, sich jedoch im Laufe der vorigen Woche im Bureau und in den eingerichteten Stempelstellen die Arbeitslosigkeit im Verbandsbuch absteampeln lassen, bekommen die Unterstützung am Freitag im Bureau ausgezahlt. Unterstützungsberechtigt sind die Kollegen, welche im Berliner Vertragsgebiet gearbeitet und die Einheitsmarke von 65 A gefaßt haben. Die Bezirksbureau werden am Mittwoch, den 7. Abend, nach Auszahlung der Gemäßigtenunterstützung aufgehoben und

das vorhandene Material wird am Donnerstag, den 8. d. M., im Laufe des Vormittags im Bureau abgegeben. Kollegen, welche nach dem 8. d. M. noch gemäßig sind, haben sich täglich einmal im Bureau zu melden. Denjenigen Kollegen, die am Sonntag, den 8. Mai, Feiertag bekommen und auch den Kranken steht die Versammlung, nachdem mehrere Redner dagegen gesprochen haben, die Gemäßigtenunterstützung ab. Einen Antrag des Kollegen **Willing**, den Kollegen, welche den Beschluß haben lassen, helfen, den 1. Mai zu feiern und dann gearbeitet haben, hinsichtlich eines Ruhezuges zu erhalten, wird von dem Vorstand in die Hand genommen und, soweit die Kollegen ausfindig zu machen sind, soll es geschehen. Hierauf wird dem Kassierer K. 100 Mark und den Kassassierern K. 20 A (2) ihrer Einnahmen bewilligt. Des Weiteren wird noch angeregt, in nächster Zeit wieder eine Hauptversammlung einzuberufen. Mit einem allgemeinen Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

In **Brandenburg a. d. S.** fand am Freitag, den 16. Mai, eine öffentliche Arbeiterversammlung statt, welche stark besucht war. Vom Vorsitzenden wurde die rundweg abschlägige Antwort der Meister bekannt gegeben, die ihm durch das Gewerbegericht zugegangen ist. Die Erregung unter den Kollegen war sehr groß, und es bedurfte der ganzen Energie des Referenten, Kollegen **Schulze**, und auch des Vorsitzenden, um den sofortigen Streik zu verhindern. Dann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung der Maurer von **Brandenburg a. d. S.** und Umgebung nimmt Kenntnis von den bis dato abgelehnten Verhandlungen. Die Versammlung spricht hierdurch ihre Entzweiung den Unternehmern gegenüber aus, weil sie nicht gewillt sind, mit den Geheilen in Unterhandlung zu treten, was sich als Verletzung eines Arbeitsvertrages. Angesichts dessen beantragt die heutige Versammlung den Vorstand des Zweigvereins, Schritte einzuleiten, die eine Durchführung der geheilen Forderungen ermöglicht. Hierauf ermahnte der Referent die noch fernstehenden Kollegen, sich dem Verbands auszusprechen und dann fest und treu zusammenzuhalten. Dann schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

In der Mitgliederversammlung des Zweigvereins **Braunschweig** am 13. Mai theilte der Vorsitzende der Versammlung mit, daß er ein Schreiben des Parteiverbundes erhalten; dasselbe lautet wie folgt:

An den Vorstand der zentralisierten Maurer Braunschweigs. Ihr Antrag, welcher lautet: Nachdem die zentralisierten Maurer beschlossen haben, keine Arbeit in **Alford** auszuführen, wird die Vereinigung der Partierei und **Waldow** freundschaftlich ersucht, dahin zu wirken, daß dieser Beschluß von den Partieren nach Möglichkeit unterstützt wird, ist in der Hauptversammlung am 1. Mai zur Beratung gestellt und folgendes beschlossen: Die Partierei sind gewillt, den von Ihnen gestellten Antrag nach Möglichkeit zu unterstützen und zwar aus folgenden Gründen: 1. Es ist bewiesen, daß durch das **Alfordsystem** die jüngere Generation der Maurer nur einseitig ausgebildet wird und somit nicht fähig ist, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. 2. Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß durch die **Alfordarbeit** viele Unzufriedenheiten zwischen Geheilen und Meistern sowie Partieren hervorgerufen werden. 3. Durch die **Alfordarbeit**, welche bestimmten Kolonnen regelmäßig auszuführen, wird einem großen Theile der Geheilen der Verdienst geschnitten, denn nachdem dieselben den Hobbau von Grund auf fertiggestellt haben, werden sie gewöhnlich aus ihrer Arbeit durch die **Alfordkolonnen** verdrängt.

Es wurde dann ein Antrag einstimmig angenommen, welcher lautet: Für jeden verheirateten Kollegen, welcher länger als zwei Monate arbeitslos ist, werden die Mitgliedsbeiträge aus der Kasse gestrichen. Grund zu diesem Antrag gab die Thatsache, daß ein älterer aber nachlässiger Kollege sich hierzehn Tagen vor Weihnachten bis heute noch keine Arbeit hat bekommen können. Es wurde von verschiedenen Kollegen betont, daß die Mitglieder hierin etwas thun müßten, um den betreffenden Kollegen Arbeit zu verschaffen. Es erbat sich dann der Vorsitzende Bericht von der Innungsverbandsabteilung, zu welcher er und der Vertreter der Zimmerer eingeladen waren, um über die Lohnforderung der Zimmerer zu beraten. Der Obermeister ließ hatte bei dieser Gelegenheit erklärt, daß er für korporative Arbeitsverträge zu haben sei. Es ist in dieser Sitzung auch von Herrn **Reich** gesagt, man würde in Zukunft die Vorsitzenden der zentralisierten wie die der christlichen Organisationen zu Verhandlungen über Lohnforderungen einladen. Verschiedene Kollegen äußerten sich dann noch über die lange Verzögerung der Herausgabe des Diskussionsmaterials. Um die Herausgabe desselben zu beschleunigen, soll von den vereinigten Partieren der Baubranche eine Petition an das Ministerium ausgeht werden.

Aus **Elberfeld** wird uns geschrieben: Im Jahre 1899 hatte es den Anschein, als ob die **Wuppertaler** Maurerschaft aus ihrerarren Selbsthargie, in der sie sich bis dahin befand, aufgewacht hätte und nach dem damaligen siebenwöchigen Lohnkampf in **Elberfeld** nunmehr ernstlich daran gehen würde, die Lehren aus jenem Kampfe zu ziehen und ihre Organisation auf eine solche Höhe zu bringen, daß das Unternehmertum nie wieder daran denken werde, so ihr nichts als die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschleiern. Diese Hoffnung ist jedoch sehr enttäuscht worden. Raum, daß die Kritik einsetzte, lag man eine ganze Anzahl Kollegen aus den allernächsten Gründen der Organisation den Meistern Lehren, zur größten Freude des organisierten Unternehmertums. Die Laufzeit im Verbandsbuch sollte auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht ohne Einfluß bleiben und hat deshalb die Innung von **Elberfeld** den 1899 berechneten Betrag schon im vorigen Jahre aufgehoben mit dem Vorbehalt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu berücksichtigen; nur von dem unglückseligen Vertrag" wolle man befreit sein. Aber gerade der Unternehmer, der im Innungsverbands diese schöne Verprechung machte, ist einer der ersten gewesen, der die Löhne von 46 A auf 43 und 42 A pro Stunde reduzierte. Infolge des Druckes, den die Kritik auf die Arbeiterhassen ausübte, wagte es auch eine große Anzahl organisierter Kollegen nicht, wider den Stachel zu löten. Im Gegenteile, eine Anzahl ist aus dem Verbande ausgestreut mit der Motivation, die Beiträge seien zu hoch. 45 A pro Woche für ihre Organisation können diese Leute nicht bezahlen, aber pro Stunde 2 A Lohnzahlung und pro Woche K. 1.20 Mindeereinnahme, das läßt sich den ihnen sehr gut verschmerzen. Gegenwärtig, wo die Konjunktur eine günstigere

wird, ist trotz aller Anstrengung der Verwaltung noch kein besserer Beschick der Versammlungen zu verzeichnen; sogar einige alte Kollegen, welche früher sehr thätig waren, halten es nicht mehr für nötig, mit der Gesamtheit zu rathen und zu thaten. Das Unternehmertum zieht denn auch die Konsequenzen aus diesem Gebaren und kürzt die Löhne, so daß der Stundenlohn von 46 A heute schon zu den Seltenheiten gehört. Das oben Angeführte bezieht sich speziell auf **Elberfeld**.

In **Worms** liegen die Verhältnisse noch bedeutend ungünstiger. Hier herrscht noch statt der in **Elberfeld** üblichen 10stündigen die 10stündige Arbeitszeit bei einem Tagelohn von höchstens K. 4.20 bis K. 4.80. Dazu kommt noch die Gegenorganisation des christlichen Maurergesellenvereins unter dem Protektorate des Innungsunternehmertums und die persönlichen Reibereien unter den Kollegen selbst. Alles Faktoren, die eine gezielte Entwicklung unseres Zweigvereins trotz der günstigen Konjunktur enorm beeinträchtigen.

In **Worms** liegt die Sache infolgedessen günstiger, als dort die zehnstündige Arbeitszeit bis auf zwei in Frage kommende Gehälter eingeführt ist, und steht zu hoffen, daß auch diese bald gewonnen werden, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, wenn die Kollegen sich ihrer heiligen Pflicht bewußt sind. Leider steht uns in diesem wichtigen Vorort kein Sozial zu einer Versammlung zur Verfügung, und die Verbände legt uns alle erheblichen Schwierigkeiten in den Weg. Die Kollegen mögen deshalb besser als es bisher der Fall war ihre Pflicht thun, damit wir sagen können, in unserem Wohnbezirk herrschen geregelte Zustände.

Kollegen des **Wuppertales**: Es ist verheißend viel zu thun. Jede seine Pflicht, erst dann wird es besser werden, erst dann!

Das **Verbandslokal** und die **Schnecke** für **Elberfeld** befindet sich von jetzt ab im **Posthaus**, **Nordstraße 10**.

Am 17. Mai hielt der Zweigverein **Gera** eine Mitglieder-versammlung ab. Zunächst erstattete Kollege **Rühn** Bericht über die letzte Gaufonferenz in **Altenburg**, die u. A. beschlossen hat, daß für die aus kleineren Hoffstellen in **Leipzig** arbeitenden und dort ihre Beiträge zahlenden Mitglieder 2 Pct. der Beiträge an die betreffenden kleineren Hoffstellen abgeführt werden. Da hierbei auch der Zweigverein **Gera** in Betracht kommt, so ist es zu empfehlen, daß sich die in **Leipzig** arbeitenden Kollegen rechtzeitig in **Gera** abmelden. Hierauf wurde die Lohnfrage angesprochen und hierbei eine am 26. April d. J. angenommene Statistik bekannt gegeben. Nach derselben arbeiten auf acht Neubauten, neun großen und zwölf kleineren Reparaturen beim Umbauen 189 Geheilen, von denen 107 33-35 A und 82 36-38 A Stundenlohn erhalten, mithin einen Durchschnittslohn von 35 A gegen 36 A im Vorjahre. Es wurde beschlossen, die diesjährige Statistik mit der vorjährigen zu vergleichen und dann auf Grund dieses Resultats den Stellenauschuss zu beauftragen, wegen der Lohnreduktion bei den Meistern vorstellig zu werden. Gleichzeitig soll der bei manchen Meistern eingeführten längeren Arbeitszeit entgegengetreten werden. Sodann faßten noch verschiedene Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung, und es wurde darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche in nicht dringenden Fällen länger als zehn Stunden arbeiten, aus dem Verbande auszuschließen sind. In der nächsten Zeit soll eine diesbezügliche Kontrolle vorgenommen werden.

Am Montag, den 19. Mai, fand in **Großen** eine außerordentliche Generalversammlung des bisherigen Fach- und Unterstützungsvereins der Maurer statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Auflösung des Fachvereins und Anschluß an den Zentralverband der Maurer Deutschlands. 2. Wahl des Zweigvereinsvorstandes. Die Versammlung war gut besucht, auch von den landlichen Kollegen. Die organisierten Zimmerer waren ebenfalls recht zahlreich als Zuhörer erschienen. Zum ersten Punkt erhielt der Gauvorsitzende, Kollege **Mügel-Wied**, das Wort. Redner schilderte in seinem 15stündigen Vortrage die Entstehung der gewerkschaftlichen Organisation, deren Zweck und Nutzen. Besonders ging Redner auf die Zeit der Fachvereine und deren Bedeutung in früherer und der jetzigen Zeit ein und empfahl den anwesenden Maurern in recht eingehender Weise, die bisherige Vereinigung aufzulösen und sich sammt und sonders dem Zentralverbande anzuschließen. Nur durch eine starke und leistungsfähige Organisation seien die Maurer im Stande, dem Unternehmertum etwas abzurufen. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall der Anwesenden. In der nun folgenden Debatte sprachen sich sämtliche Redner für den Anschluß aus, wenn vorher die Frage über die Verwendung des noch vorhandenen Vermögens entschieden sei. Es wurde in diesem Punkte eine Vertagung dahin erlaßt, daß, wie bisher, den kranken Kollegen eine bestimmte Unterstützung zu Teil werden soll, das heißt, soweit dieselben Mitglieder des Fachvereins waren. Eine besondere Kommission soll diesen Fonds (K. 600) verwalten. Sodann wurde einstimmig beschlossen, den Fachverein aufzulösen und einen Zweigverein des Zentralverbandes zu gründen. Es liegen sich sofort 84 Kollegen aufnehmen. Davon entfallen auf **Großen** selbst 24. 40 Kollegen gehörten schon dem Verbande an, so daß die Gesamtzahl 42 beträgt. Es erfolgte sodann die Wahl des Vorstandes und der Revisoren.

Unser 6. Einl.: Offenlich beweisen die Kollegen nun, daß es ihnen auch ernst mit der Organisation ist, indem sie unentwegt weiter agieren, um die noch fernstehenden Kollegen mit heranzuziehen. Dann wird es auch möglich sein, in absehbarer Zeit bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erreichen. Die Unternehmer haben wohl im vorigen Jahre bekannt gegeben, daß sie für dieses Jahr einen Stundenlohn von 20 A bei 10stündiger Arbeitszeit zahlen wollen. Aber lange nicht alle Kollegen erhalten diesen winzigen Lohn, sondern es bestehen noch wie vor Massenlöhne von 20 A aufwärts. Auch die Arbeitszeit steht nur auf dem Papier, in Wirklichkeit beträgt sie oft bis zwölf Stunden und fügen sich die Maurer bisher willens den Wünschen ihrer Ausbeuter; nicht allein den Wünschen der Unternehmer, sondern auch dem Bauherrn gehorcht man, wie ein willenloser Sklave. Dieses muß anders werden, darum forje ein Jeder für die Erklarung des neu gegründeten Zweigvereins, dann dürfte auch der Erfolg nicht ausbleiben und die für die Organisation geopferten Kräfte werden reichliche Zinsen tragen.

Der Zweigverein **Gr. Wöden** hielt am Sonntag, den 11. Mai, seine regelmäßige, gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Vom Vorsitzenden wurde zunächst ein Überblick über die vom Hauptvorstande herausgegebene Statistik gegeben. Der Hauptvorstand habe mit der Herausgabe der Statistik ein

beider Beine fest. Der Verunglückte ist verheiratet und Vater von sechs Kindern.

Böckum. Am 15. Mai verunglückten drei Arbeiter, welche an der Kaiser- und St.-Hafenstraße beim Stellen des Betonmörtels beschäftigt waren. Ob die Stiele, welche die Beton hielten sollten, zerfielen, oder ob die Leitern zu schief befestigt waren, ließ sich nicht ermitteln. Die drei Verletzten wurden nach dem Krankenhaus geschafft, wo einer davon hoffnungslos darniederliegt. Der am schwersten Verletzte erlitt einen oberen Schenkelbruch und schwere innere Verletzungen; an seinem Aufkommen wird gewagt. Die beiden Anderen erhielten geringere Verletzungen; jedoch auch sie liegen schwer krank darnieder. Bei der Schuld an diesem Unglück trägt, ließ sich bis jetzt nicht feststellen. Die verletzten Arbeiter heißen Reinhold, Ohmann und Buschla. Am schwersten ist Reinhold verletzt worden.

Horsted. Am Mittwoch, den 21. Mai, ereignete sich auf einem Bau an der Esenstraße ein schwerer Unfall. Der Stuckateur Peter, welcher mit seinem Meister Schmidt auf einem Gerüst beschäftigt, als plötzlich ein Giebel brach; Peter stürzte in die Tiefe, während Schmidt auf dem Gerüst liegen blieb. Peter trug schwere innere sowie äußere Verletzungen davon, die seine sofortige Überführung in das Krankenhaus notwendig machten, wo er noch an demselben Tage starb. Der Verunglückte ist Vater von sieben Kindern. Das Unglück wäre nicht vorgekommen, wenn die hier bestehende Baupolizeiverordnung innig gehalten worden wäre. Jetzt, wo das Unglück ein Menschenleben gekostet hat, kann man Schutzeinrichtungen und Vorkehrungen in schärfster Ordnung sehen und auch die Polizei ist in voller Tätigkeit.

Crimmitschau. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich am Sonnabend, den 3. Mai, an dem Wirtel'schen Neubau. Da selbst sollte eine an das Nachbargrundstück angrenzende alte Mauer abgetragen werden. Damit die Arbeit nun recht flott von Station gehe und um Kosten zu sparen wurde die 8 m hohe, anderthalb Stein starke und 7 m lange Mauer unterminiert, um nachher umgerissen zu werden. In dem Moment, als der Umsturz der Mauer erfolgte, kam der Arbeiter Jürgel, der mit dem Abtragen von Steinen in dem Fallbereich der Mauer beschäftigt war, in's Stolpern, er wurde von der fallenden Mauer erwischt und von der schweren Last vollständig breit gedrückt. Als man ihn unter den Trümmern hervorjagte, war das Leben bereits aus ihm entwichen. Der Verunglückte ist 38 Jahre alt und hinterläßt Frau und zwei Kinder. Es kann nur als sträflicher Verstoß bezeichnet werden, daß man Leute an solchen gefährlichen Stellen arbeiten läßt. Die Leichentafel, die hier ein Menschenleben zerstörte, ist um so schärfer zu verurteilen, als am Tage vorher beim Niederreißen eines anderen Teiles der Mauer, das in der gleichen Weise ausgeführt wurde, der Unternehmer Wirtel um ein Haar selber dabei zu Schaden gekommen wäre. Das hätte ihm eine Warnung sein sollen, zumal er als Vertrauensmann der Baupolizei mehr als jeder Andere die Verpflichtung hat, die Unfallverhütungsvorschriften inne zu halten.

Dortmund. Ein schwerer Baunfall ereignete sich am 21. d. M., Nachmittags gegen 3 Uhr, auf einem an der Brückstraße gelegenen Fabriksneubau, welcher durch den Innungsmeister Hopp ausgeführt wird. Eine 6 m hohe Giebelmauer stürzte plötzlich um und ritz die daran beschäftigten Arbeiter Kott, Knapp, Frohbe, Jugend und Limbert mit in die Tiefe. Die ersten Verwunden wurden schwer, die übrigen anscheinend etwas leichter verletzt. Doch wurden sämtliche Verunglückte, nachdem sie circa 1/2 Stunden ohne ärztliche Hilfe gelegen, dem Krankenhaus überführt. Ein Glück ist es noch, daß die Mauer nicht nach der Gerüstseite stürzte, dann wären vielleicht zehn bis fünfzehn Mann zu Tode gekommen. Die wirtel'schen Ursachen liegen aber am Material. Es sollen an dem betreffenden Giebel vier mehr Stiele als ganze Steine verarbeitet sein, und auch der Wirtel zeigte bei der umgefallenen Mauer noch durchaus keine Vorkenntnisse. Erst einige Tage vorher war an demselben Bau ein Gerüst zusammengebrochen, wobei ein Arbeiter leicht verletzt wurde, während die übrigen glücklicherweise mit dem Schreden davonkamen. Auch hieran sieht man schon, daß andere Ursachen als ein Windstoß zu Grunde liegen müssen. Wäre die Kontrolle seitens der Baupolizei eine durchgreifende, dann wäre unserer Ansicht nach dieses Unglück verhütet worden. Wundern muß man sich aber noch, daß bei den hier herrschenden Umständen nicht mehr derartige Unfälle vorkommen. Die Mauer Dortmunds mögen hieraus aber ersehen, daß es Zeit ist, sich dem Verbands anzuschließen, damit von dieser Seite die richtige Kontrolle geübt werden kann.

Eisenach. Ein Baunfall, der sich am 24. d. M. ereignete, hat wieder einmal gezeigt, welche schlimmen Folgen das Uebersehen der Baupolizei mit sich bringt. Am genannten Tage stürzte vom Bau des Unternehmers A. Stein ein Badstein durch die Balkenlage und einem Arbeiter so unglücklich auf den Kopf, daß er die Arbeit verlassen mußte. Mögen doch die Mauer bedenken, daß ihr Leben mehr wert ist als ein paar Mark Profit des Meisters und dafür sorgen, daß derartige Vorfälle abgeändert werden.

Göttingen. Am Sonnabend, den 19. Mai, ereignete sich hier ein Baunfall, wobei drei Arbeiter verunglückten. Der vierte kam mit dem Schreden davon. In der Klosterstraße wird vom Maurermeister Wollmann ein Neubau für den Gärtnereibesitzer Althorn ausgeführt. Als nun der Arbeiter Scholle mit drei Mauern im Begriff war, eine Ecksäule vom Sandstein auf die Mauer zu bringen, kam diese in's Rollen und die Arbeiter fielen herunter, wobei der Arbeiter Scholle den linken Arm dreimal brach, ein Arbeiter schwere Kopfverletzung und ein Anderer Verletzung am Beine davontrug. Als das Unglück geschehen, war der Baubeauftragte anwesend, aber ansatzig sich nach den Verunglückten umzusehen und für schnelle Hilfe zu sorgen, hielt er es für am besten, nachzuschauen, ob die Ecksäule fest geblieben sei. Das Unglück konnte nur dadurch geschehen, daß das Gerüst garnicht verankert und ganz ungenügend abgestützt war. Um die Verunsicherung im harten Mauerwerk zu sparen, wurde längs der Mauer eine Stützrinne gelegt, und zwar mit einem Ende auf einen Bod, auf dem noch 4-5 Schicht Mauersteine gelegt wurden; die Stützrinne wurde mit schwachen Schalbretern abgestützt. Durch den einseitigen Druck beim Aufheben der Ecksäule vom Gerüst auf das Mauerwerk ist die Stange in's Rollen gekommen, die Arbeiter fielen vom Boden herunter, die Schalbreter fielen

hinunter um, und das Unglück war geschehen. Der mittelverunglückte Arbeiter Scholle gehört zu denjenigen, die keine Baupolizei durch Arbeiter leiden wollen. Dem Vorstehenden der Bauarbeiterorganisation gegenüber äußerte er kürzlich, denjenigen möchte er sehen, der es wagen sollte, seinen Bau zu kontrollieren.

Hörde. An einem Neubau in der Schützenstraße, ausgeführt vom Unternehmer Adersmann, stürzte am Montag, den 12. Mai, Nachmittags um 2 Uhr, der erste Vorstehende des Zweigvereins Hörde, der Maurer Jakob Ritter, vom ersten Stockwerk in den Keller. Selbst hatte mit noch mehreren Mauern die T-Fellen über die Schaufenster gesetzt und wollte diese einmauern. Da hier Alles über der Hand gemauert wird, begab sich Ritter zu diesem Zweck von der Mauer auf das Gerüst, welches eine Höhe von 1,30 Meter hatte. Als er dasselbe betrat, brach der Giebel (Regel) und fiel nebst zwei anderen Giebeln, dem Stützbaum, sowie zwei Brettern herunter. Ritter zog sich schwere innere Verletzungen und eine Wunde am Kopf zu, auch wurde dem Unglücklichen das linke Bein von einem herunterfallenden Speisefuß abgetrennt. Ein anderer Maurer rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster und kam mit dem Schreden und einigen Hautabschürfungen davon. Ritter wurde in das Evangelische Krankenhaus Bethanien gebracht. Er ist verheiratet und hat Frau und zwei Kinder. An dem betreffenden Bau waren die Eisen, welche über dem Keller lagen, nicht abgedeckt; wäre dieses der Fall gewesen, so hätte das Unglück vermieden werden können. Auch lag über dem Eisen nur ein einziges Brett zum Transport des Materials für die Handlanger.

Hofstede. Von der ersten Etage bis in den Keller stürzte auf einem Neubau ein Maurer und erhielt so schwere Verletzungen, daß sofortige ärztliche Hilfe notwendig war. Das Unglück wäre unmöglich gewesen, wenn die Balkenlage wie Kellerträger vorschriftsmäßig abgedeckt gewesen wären. — Wo war die Baupolizei?

Leipzig. Auf einem Neubau an der Pfaffenstraße verunglückte am 21. Mai der 20 Jahre alte Maurer Röhls aus Weidenbach. Dem jungen Manne, fiel, als er, um nach Arbeit anzufangen, in dem Neubau auf einer Leiter emporsteig, ein Ziegelstein auf den Kopf. Infolge dessen stürzte der Betroffene von der Leiter herab. Der Verunglückte hat eine schwere Verletzung der Schädelkapsel und eine Rückenverletzung davongetragen und mußte sofort mittels Krankenwagens in das Krankenhaus gebracht werden.

Mannheim. Am Mittwoch, den 14. Mai, stürzte der Maurer Nikolaus Dittich aus Wernheim am Schwanenbau in Mannheim in 3 m Höhe herab. Er trug eine schwere Schenkelverletzung davon und mußte in's Krankenhaus gebracht werden.

Seringhausen. Am Mittwoch, 21. Mai, stürzte der 74 Jahre alte Maurer Adolf Börsel in Folge Gerüstbruchs aus einer Höhe von acht Metern in den Keller, beim Fallen auf einen eisernen Träger aufschlagend. Während des Transports in die nahe gelegene Wohnung des Verunglückten gab der alte Mann seinen Geist auf. Die Balkenlage war, wie gewöhnlich, nicht abgedeckt. Der Unternehmer des Hauses heißt Stude. Bei dieser Gelegenheit seien die Mauer von Seringhausen daran erinnert, daß sie mittels der Organisation sehr viel dazu beitragen können, die Einrichtungen auf den Bauten zu verbessern. Mögen die Kollegen nur überall darauf bestehen, daß wirklich zweckmäßige Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden.

Sorheim. Am 15. Mai ereignete sich am Neubau des Bauunternehmers Josef Wolf ein schwerer Unglücksfall, der 29 Jahre alte Maurer Ch. Meis stürzte vom dritten Stock mit einem schweren Konsolenstein in die Tiefe und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Nur der Außerordentlichkeit in der Zeitdruck vorgebrachten Unfallverhütungsvorschriften seitens des Partiers ist dieser Unglücksfall auszuweichen. Der Bau wird aus Gusssteinen ausgeführt. Wie das nun hier so Mode ist, liegt außer nur eine Diele, auf der die Kollegen dann herumbalancieren müssen, um die Steine zu verlegen; wäre nun an dem betreffenden Bau ein Gerüst vorhanden gewesen, wie es Vorschrift ist, so wäre der Rollee sicher nicht in die Tiefe gestürzt. Jedenfalls hat dieser Unglücksfall noch ein geräuschliches Nachspiel, denn hier liegt schließliche Körperverletzung vor in erschwerter Form. Der Partier meinte, der Verunglückte hätte das Unglück selbst verschuldet. Offenlich wird ihm von der Staatsanwaltschaft plausibel gemacht, was daran die Schuld trägt und daß es auch noch andere Interessen zu wahren gibt, als die des Unternehmers.

Sangerhausen. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 5. Mai an der von dem Unternehmer Hapke (Walter und Sohn) ausgeführten Wohnunterführung. Zum Transport der Bausteine war ein Gerüst aus Bahnhöfen und Eisensträgern errichtet und auf dies Gerüst stürzte ein Schienengleise, auf dem die Steine mittels Lokomotiv herangebracht wurden; um die Lokomotiv an der Auslastung zum Stehen zu bringen, wurde eine Latte über die Räder gelegt. Nun ist die Fahrgeschwindigkeit einmal so groß gewesen, daß das Fahrzeug bei dem Anprall an die Latte aus den Schienen gesprungen ist; hierbei ist ein zirkel acht Zentner schwerer Stein aus dem Gleichgewicht gekommen, ist auf das Gerüst gestürzt und hat Eisensträger und Schienen auseinandergerissen. Bei diesem Zusammenstoß sind drei Arbeiter schwer verletzt worden; einer der Verunglückten ist einige Tage, darauf seinen Verletzungen erlegen. Die Schuld an dem Unglück ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß an der Lokomotiv eine sicher funktionierende Bremsvorrichtung schiffe, weiter kommt aber auch in Betracht, daß das Gerüst in ganz unzulänglicher Weise befestigt war. Die Bahnschwellen waren einfach auseinandergeklappt, darauf Eisensträger und nachmaligen Eisensträger und hierauf das Gleis gelegt worden. Unvorhergesehene Fälle scheinen man garnicht in Rücksicht gezogen zu haben. Es mag noch bemerkt sein, daß bei denselben Unternehmern ein Lehrling vom Bau stürzte und einen Beinbruch davontrug, weil die Balkenlage nicht abgedeckt war. Ein Maurer, der auch damals auf diesen Umständen und auf die Notwendigkeit der Balkenabdeckung hinwies, wurde aus der Arbeit entlassen.

Der Einzug der Leichenhalle in Mannheim gab der städtischen Verwaltung Veranlassung, in der Stadtrats-Sitzung vom 9. Mai, also nach fast einem Jahre, mitzuteilen, daß von der Staatsanwaltschaft gegen Architekt Adolf Trauer, Bauaufseher Georg Frick, Maurermeister Wambelin Mayer, Maurer Jakob Mayer, Jakob Hühle, Adolf Schneider, die Wambelin'sche Anlage auf Grund der §§ 229, 230 des Str.-G.-B. erhoben worden ist. Die Anklagebehörde scheint

also die Überzeugung zu haben, daß alle Teile an dem großen unglücklichen Schuld haben. Und darin dürfte sie nicht so Unrecht haben.

*** Zum Kapitel Bauarbeiterleben.** Infolge einer Revision, die seitens der Staatsanwaltschaft gegen ein früheres Urteil der I. Strafkammer des Landgerichts Elberfeld beim Reichsgericht eingelegt wurde, hatte sich die Strafkammer erneut mit der Anklage gegen den Maurerpartier Friedrich Behner von Remscheid wegen jahrlanger Forderung zu beschäftigen. Behner war bei dem Bauunternehmer stadt Schumacher in Remscheid als Partier angestellt und führte die Aufsicht über einen Neubau, der am 13. August selbst vorgeführt war, daß das zweite Stockwerk angefangen werden konnte. Es wurde von innen ein Gerüst errichtet. Die aufrecht stehenden Gerüstlängen ruhten auf der Balkenlage der ersten Etage und waren in der üblichen Weise durch Giebel, die im Mauerwerk lagerten, verbunden. Nur ein seitlich angebrachter Giebel ruhte lose auf dem Pfeiler einer Fensteröffnung und war in keinerlei Weise befestigt. Auf dem erst fertiggestellten Gerüst befanden sich gegen Mittag des 13. August außer dem Angestellten auch noch der Maurer Otto Doll. Außerdem waren auch noch Speisefußel und sonstige Maurergerätschaften auf das Gerüst gebracht worden. In demselben Moment, als der Sandlanger die Leiter hinaufsteigen wollte und gerade ein Gefäß mit Malt ausschütten wollte, klappte der erwähnte unbefestigte Giebel plötzlich ab und ein Teil des Gerüsts brach zusammen. Der Angestellte und der Sandlanger hielten sich an den Gerüstlängen fest, während der Maurer Doll rückwärts abstürzte, bis in den Keller auf einen eisernen Träger fiel und eine Leberverletzung davontrug, an deren Folgen er nach einigen Stunden starb. Daß Doll überhaupt bis in den Keller fallen konnte, lag an der äußerst mangelhaften Abdeckung. Nur etwa zwei Meter breit war in der Nähe des Gerüsts ein Teil der Balkenlage abgedeckt; aber wie? Nach dem Zeugnis des Polizeikommissars, der kurz nach dem Unfall die Abstützstelle untersuchte, bestanden die zum Abdecken benutzten Bretter größtenteils aus kurzen Stücken von 1,20 m Länge und 1 cm Dicke und waren natürlich nicht geeignet, einen fallenden Menschen aufzufangen. Behner berief sich darauf, daß er den Unternehmer Schumacher mehrfach zur Sicherung von Brettern zur Abdeckung aufgefordert habe und sogar die Hilfe der Baupolizei deshalb in Anspruch genommen habe. Schumacher habe nach der polizeilichen Aufforderung auch die sofortige Vierung von Brettern zugesagt, es seien jedoch keine solchen gekommen, so daß er sich mit dem vorhandenen Abdeckungs-material behelfen mußte. Schumacher war in der damaligen Verhandlung ebenfalls mit angeklagt und wies nach, daß er das erforderliche Holz beim Holzhändler bestellt gehabt hätte und erklärte, daß er nicht dafür könne, wenn der Holzhändler die Bretter nicht geliefert habe. Schumacher wurde dann auch freigesprochen und Behner wegen Nichtbeachtung baupolizeilicher Vorschriften zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, von der Anklage der jahrlangen Forderung (§ 222 des Str.-G.-B.) aber freigesprochen. Das Reichsgericht hob in seinem Urteil vom 10. März das Urteil bezüglich des Behner auf und verbot die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die erste Strafkammer zurück, weil nicht genügend berücksichtigt worden sei, daß B. zwar die Befestigung des Gerüsts verboten habe, aber nicht für die Durchführung dieses Verbotes Sorge getragen habe. B. habe aber nicht nur die Verpflichtung zum Erfolg des Verbotes, sondern vor allem auch zur Durchführung desselben gehabt. Die Strafkammer schloß sich den Gründen des Reichsgerichts an und verurteilte den B. nunmehr wegen jahrlanger Forderung zu 1 Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt.

Bei diesem Prozesse hat es der Unternehmer verstanden, sich den Schlingen des Strafgesetzes zu entziehen, und wie so häufig, ist nur der angefallene Partier für schuldig befunden worden, und hat für die Nachlässigkeit des Unternehmers, der nicht rechtzeitig das erforderliche Abdeckungs-material besorgte, büßen müssen. Wären die Balkenlagen in vorgegebener Weise mit starken Brettern abgedeckt gewesen, so hätte Doll nicht in den Keller fallen können und lebte heute wahrscheinlich noch, da das Gerüst, von welchem Doll abstürzte, kaum 2 m hoch war. In der Verhandlung erklärte der Gerichtsvorsteher, Landgerichtsrat Spiek, dem Partier, daß, wenn ihm Schumacher kein Abdeckungs-material lieferte, er so lange hätte die Arbeit einstellen müssen, bis Material herbeigeschafft war. Er hätte dann den Unternehmer für die veräumelte Zeit auf Schadenersatz verklagen können. Dieser gute Rath mag ja juristisch ganz gut gemeint sein, dürfte aber in der Praxis wohl kaum befolgt werden, weil ein derartiges Vorgehen für den Partier zweifellos den Verlust seiner Stellung und bei der bekannten Brutalität der Baupolizei noch sonstige wirtschaftliche Nachteile, wie z. B. Anklage wegen Verhinderung des Unternehmers, im Gefolge gehabt hätte.

*** Ein Schildbürgerstückchen.** In dem braunschweigischen Orte Thiede wird gegenwärtig ein Pfartraum ausgeführt, das bereits bis zur ersten Etage vorgegriffen ist. Anfangs wurde dieser Neubau an der Hinterstraße geplant und wurde hierzu auch die Zeichnung gemacht. Es wäre demnach die Vorderseite nach Osten genommen. Unsere Dorfstellen besaßen sich jedoch anders und beschloßen, das Pfarrhaus solle nach der Hauptstraße erbaut werden. So daß, gelang, gelang! Es stellt sich aber jetzt heraus, daß man bei dieser Umanänderung etwas vergessen hat, nämlich die Zeichnung so zu drehen, daß die Vorderfront nach Westen kommt, und so kommt nun die Vorderfront in den Garten zu stehen, die Hinterfront mit den Klosettanlagen zur Kirche an die Straße. Die Ballonanlagen, welche dem Dorfe zum Schmutz gereichen sollten, sind nicht zu sehen. Vielleicht mag man es ähnlich, wie in Schöppenstedt seinerzeit, wo man die Kirche auf Rollen weitergeschoben hat.

Aus anderen Berufen.

*** Anträge zum Vierten Gewerkschaftskongress.** Zur Beratung auf dem diesjährigen Kongress, find bei der Generalkommission 34 Anträge eingegangen, die jedoch der Mehrzahl nach für die weitere Entwicklung der Gewerkschaften von unentscheidender Bedeutung sind. Von den Vorständen der Verbände der Graveure, Bauarbeiter, Böttcher, Formstecher, Sandstuhlmacher, Maschinisten, Schmiede und Vergolder ist bei

antrag, als Punkt 5 auf die Tagesordnung des Gewerkschaftstages zu setzen. Die Stellung der Berufsorganisationen zu den Industriefachverbänden. Die meisten der hier benannten Branchenorganisationen sind nach den bisherigen Verhandlungen Gegner der Industriefachverbände; unserer Wissens nach haben bisher nur der Verband der Bauarbeiter eine Ausnahme. Andererseits ist beantragt, die Fachverbände besonders zu protegieren und durch Einwirkung der Branchenorganisationen zu stärken. Dahin zielen folgende Anträge: Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle-Gesellschaft und Zahlstelle-Schweinfurt): Der Kongress wolle beschließen, daß die Verbände der ungelernten Arbeiter sich zu einem Zentralverband zusammenschließen sollen. Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle München): Der Gewerkschaftskongress möge beschließen: Die Forderungen und Branchen-Zentralverbände werden angezogen, sich den Industriefachverbänden anzuschließen, resp. sich zu solchen zu verschmelzen. Die Generalkommission wird beauftragt, im Sinne dieses Beschlusses vorzugehen. Metallarbeiterverband (Verwaltungsstelle Berlin und München): Die Resolution Wuffe (Seite 21, Protokoll der Verhandlungen des dritten Gewerkschaftstages) ist aufzugeben. (Die Resolution Wuffe hat folgenden Wortlaut: „Es ist unzulässig, daß seitens einzelner Organisationen Mitglieder aufgenommen werden, für welche ihrer Verschäftigung nach eine Berufsorganisation besteht. Ganz besonders ist die diesbezügliche Agitation zu berücksichtigen, wenn dieselbe unter Hinweis auf niedrige Beiträge geschieht.“)

Einige Anträge wollen den Tätigkeitskreis beschränken, andere erweitern. Den Vorschlag in letzterer Beziehung als die Gewerkschaftsartikelle für Grundsatz und für den Klauenjahn Grund. Die dortigen Genossen beantragen: Der Kongress wolle beschließen: Die Gewerkschaftsartikelle sind nach Art der Zentralverbände zu generalisieren und ist ihnen Sitz und Stimme auf den Gewerkschaftskongressen zu gewähren. Wir raten den Genossen, ihren Antrag wie folgt zu erweitern: Die Zentralverbände sind aufzulösen. Die örtlichen Branchenorganisationen sind den als örtliche Zentralfunktion fungierenden Gewerkschaftsartikellen unterstellt, und diese wählen aus ihren Reihen einen Generalrat, welches als „Spitze“ der Gewerkschaftsorganisation angesehen wäre. Mit der Durchführung dieses Vorschlages würde mit allen Halbsätzen aufzukommen, während der Antrag aus Grundsatz die Konfusion noch vergrößern wird.

Die meisten übrigen Anträge bescheiden eine Verbesserung der Agitation und der Verwaltungseinrichtungen. Sehr gut gemeint ist gewiß der folgende Antrag der Zahlstelle Hamburg des Buchbinderverbandes, an die Ausnahme resp. Durchführung desselben ist jedoch wohl kaum zu denken: Der Gewerkschaftskongress wolle beschließen: Die in der Generalkommission vereinigten Gewerkschaften Deutschlands gründen einen Unterstufungs-fonds in der Form einer Zufußstasse auf generalistischer Grundsatz, aus welchem die Gewerkschaftsorganisationen im Falle der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefall und dauernder Erwerbsunfähigkeit Unterstützung, resp. auf bestimmte Zeit eine Unterstufung gewährt werden kann.

Von einiger Bedeutung ist folgender Antrag der Generalkommission: Der Kongress beschließt: Die Generalkommission hat in Berlin ein Reichssekretariat zu errichten, welches die Notwendigkeit, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichsversicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Vertretung der Notwendigkeit in der Verhandlung vor dem Reichsversicherungsamt zu sorgen hat. Das Sekretariat untersteht der Kontrolle der Generalkommission. Zur Deduktion der durch die Errichtung des Reichs-Arbeitssekretariats entstehenden Ausgaben (die bis zum nächsten Gewerkschaftskongress den Betrag von 16 000 pro Jahr nicht überschreiten dürfen) wird der von den Gewerkschaften an die Generalkommission zu zahlende Beitrag von 3 auf 4 pro Mitglied und Quartal erhöht. Ueber die Notwendigkeit des geplanten Instituts dürften große Meinungsverschiedenheiten auf dem Kongress kaum aufkommen. Man könnte nur die Durchführbarkeit in Zweifel ziehen. Wir sind freilich der Meinung, daß die Gewerkschaften die beantragte Mehrleistung nicht scheuen sollten, wie wir auch nicht bezweifeln, daß sich geeignete Männer zur Verfügung stellen werden, die gewillt sind, und die Kraft in sich haben, das Sekretariat zu einem für die berufstätigen und arbeitsfähigen Arbeiter segensreichen Unternehmen zu gestalten.

* Die vierte Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes tagte vom 4. bis 10. Mai in Mainz. Aus dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß in Bezug auf die Mitgliederzahl ein Rückgang zu verzeichnen ist. Während im ersten Quartal 1900 noch 76 384 Mitglieder vorhanden waren, fiel diese Zahl Ende 1901 auf 67 341. Wie stark die Fluktuation unter den Mitgliedern war, geht daraus hervor, daß 1900/01 68 780 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren, also 1439 mehr, als jetzt überhaupt Mitglieder vorhanden sind. Dagegen haben sich die Zahlstellen um 49 vermehrt, so daß deren jetzt 591 vorhanden sind. Unter den Mitgliedern befinden sich 589 weibliche. Was die Kassenziffern anlangt, so war am 31. Dezember 1899 ein Bestand von 252 310,80 vorhanden. Wie sehr der Vorstand sich mit Streikfragen zu befassen hatte, geht daraus hervor, daß allein in einer Vorstandssitzung nicht weniger als 35 Streiks und Streitgeschäfte auf der Tagesordnung standen. Besonders in kleineren Städten ist der Streikfrage oft sehr problematischer Natur. Leider ging auch der Münchener große Kampf um den Reinstundtag verloren, bei welcher Gelegenheit übrigens ein Darlehen von 136 000 aufgenommen werden mußte, welches mittlerweile zurückgezahlt ist. Die Unabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zeitigte das Resultat, daß die letztere mit 24 907 gegen 24 037 Stimmen beschloffen wurde. Zu dem Vorstandsbericht entspann sich sehr lebhaft eine lebhaft Debatte, in welcher dem Vorstande A. V. auch eine gewisse Engstirnigkeit in Streitfällen vorgebracht wurde. Demgegenüber rechtfertigt der Vorstand seine Haltung in jedem speziellen Falle und eine Reihe nicht direkt befehlige. Delegierte stimmten ihm zu. Im Allgemeinen wird der Kampf zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften in Streitfällen strenger als bisher vorgehen und die Lage schärfer prüfen mögen. Infolge Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde der bisherige Beitrag von 25 $\frac{1}{2}$ pro Woche auf 35 $\frac{1}{2}$ erhöht.

* Eine Konferenz der Rosa-Flietel-Kongress Deutschlands tagte am Dienstag nach Pfingsten im Berliner Gewerkschaftshaus. Dieselbe war einberufen vom Ortsverein Berlin und von drei Vertretern aus Berlin, zwei aus Leipzig und je einem aus Dresden, Dortmund und Nürnberg befehligt. Hamburg, Köln, Düsseldorf und Hannover hatten zwar ebenfalls Delegierte angemeldet, doch waren dieselben nicht erschienen. Die Zahl der Flietel-Kongress wurde angegeben auf 200 in Berlin, 41 in Leipzig, 60 in Dresden, 23 in Dortmund und 25 in Nürnberg. Es soll in Deutschland annähernd 2000 Personen geben, die ständig ihren Erwerb beim Flietel-Kongress und -Ansehen finden; zumeist sind es Maurer und Maurerarbeiten, in einigen Orten auch Köpfer. Einige Leute glauben nun, daß sie gewissermaßen ein Spezialgewerbe betreiben — das natürlich jeder geübte Maurer ausüben kann und darf —, müssen sie auch eine Spezialorganisation haben. Also gründeten wir Verbände der Plattenanleger, Plattenleger, Zuger, Rührer (natürlich Zinnenpoker und Fassadenpoker getrennt), Schornsteinmaurer, Verblödmauer, Betonstücker, Zementierer z. z. Die Handvoll Plattenanleger resp. Zuger hat denn auch wirklich den lächerlichen Beschluß gefaßt, eine besondere Organisation zu gründen. Das Ergebnis der Konferenz war ein Beschluß, welcher besagt, daß sich die Flietel-Kongress-Organisation der Generalkommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Verbandsmänner-Zentralisation) anschließen und den gemeinsamen Namen führt: „Vereinigung der Rosa-Flietel-Kongress Deutschlands“. Die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten liegt dem Vertrauensmann ob, an den jeder Ortsverein 10 Pf. seiner Einnahmen abzuführen hat. Das Organ der neugebildeten Vereinigung soll die als „Heberbreit“ in der deutschen Arbeiterbewegung bekannte „Einigkeit“ sein.

Seitens unseres Verbandes war Kollege Silberstein-München beauftragt, den Verband auf der Konferenz zu vertreten, sehr von den acht Delegierten beehrten aber, sie könnten zu kurz kommen, wenn Silberstein zum Wort käme, und darum gestattete man ihm nur, als Gast anwesend sein zu dürfen; um die Parität zu wahren, ließ man dann dem Vertreter der Berliner totalorganisierten Maurer dasselbe Schicksal zu Theil werden. Die Delegierten aus Dresden und Nürnberg stimmten für Anerkennung Silberstein's als Delegierter.

Die Berliner Delegierten berichteten, daß ihr Verein als Vereinigungsverein gegründet worden sei, sich aber später zu einer Organisation im „modernen“ Sinne entwickelt habe. Viel Konkurrenz hätten die Berliner in den letzten Jahren aus Hamburg, Dresden und anderen Großstädten gehabt. Die Hamburger Plattenanleger arbeiteten auch in Berlin im Auftrag, obwohl hier kein Vertrag die Konkurrenz ausgeschlossen sein sollte. Der Delegierte Wolf aus Nürnberg erklärte, daß die Plattenanleger Nürnberg dem Zentralverband der Maurer angehören und er könne allen Plattenanlegern nur empfehlen, dem Verband beizutreten. Sie tämen sehr gut aus mit dem Zweigverein Nürnberg, sie hätten volle Bewegungsfreiheit in ihrer Section und gleichzeitig eine kräftige Organisation hinter sich.

Nachdem ein Referent (Registrierer Straßer) den alten Abschnitt über die „Unzulässigkeit der Verbände“ und die „Nützlichkeit der Vertrauensmänner-Zentralisation“ wiederholt hatte, wurden aber noch einige Einwendungen gemacht von den Delegierten aus Dresden, Dortmund und Nürnberg, aber mit sechs Stimmen wurde doch beschloffen, eine besondere Organisation zu gründen. Der Nürnberger Delegierte enthielt sich der Abstimmung, der Dortmunder stimmte gegen die Resolution, weil ihm einige Punkte nicht gefielen.

Polizei und Gerichte.

* Polizeiliche Fürsorge in Schneidemühl. Der Zweigverein des Maurerverbandes in Schneidemühl hat sich seit über einem Jahre mit einem Veranlassungstotal recht und schicklich befaßt, wie es in so manchen Orten geht, wo die Mithie mit der Hergebe von Veranlassungstotalitäten für die Arbeiter recht zurückhaltend sind. Nur hat die Polizeibehörde plötzlich entdeckt, daß das Lokal für die Veranlassungen der Maurer zu klein ist und daß die Thüren nach innen schlagen, und um die Veranlassungstotalitäten vor Schäden zu bewahren, sind Versammlungen in besagtem Locale vorläufig verboten worden. Die „berühmten“ Thüren haben die Maurer sofort in die richtige Stellung gebracht, sie würden wahrscheinlich auch gern den Versammlungsraum erweitern, wenn dies von ihrem Willen und Vermögen abhängig wäre. Die Maurer sind aber auch der Meinung, daß die Polizeibehörde gar kein Recht hat, das Lokal seiner Größenverhältnisse wegen zu beanstanden und daß mit der Veränderung der Thüren der baupolizeiliche Einspruch erledigt sein müsse.

Verschiedenes.

* Die „Verschwendung der Arbeitergroßen“ durch sozialdemokratische Agitatoren ist eine stehende Anekdote in den Spalten der arbeitserfindlichen Presse. Und so oft schon die freche Verlogenheit betragender Beschreibungen nachgewiesen, tauchen immer wieder auf. Wie „niedrig“ nun die Veranlassungskosten in den Berufsorganisationen der Handwerker sind, beweist der Etat der Handwerkerkammer des Bezirks Düsseldorf vom Jahre 1902. Er beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 88 990, von welcher Summe für „Gebung“ des Handwerks, was doch der Zweck der Handwerkerkammer sein soll, nur einige Hundert Mark ausgegeben werden. Der ganze Etat setzt sich fast nur aus Gehältern, Reiseausgaben, Repräsentationskosten, Diäten und Vergütungen zusammen. Allein die sieben Handwerksmeister, die die Kosten von Vorstehenden der Abteilungen oder der Kammer im Ehrenamt versehen, beziehen an Diäten, Vergütungen und Repräsentationsgebern 17 600. Dann kommt eine Anzahl von Beamten, die Gehälter von 3 000 bis 4 400 beziehen. Für persönliche Dienstaufwand werden dann noch einige Tausend Mark vorgegeben, so daß, wie bemerkt, nachdem noch die sachlichen Ausgaben in Bezug gebracht sind, hauptsächlich nur einige Hundert Mark für Meisterkurse und Lehrlingsausbildung übrig bleiben. Darüber regnet sich die arbeitserfindliche Presse, aber nicht auf, obgleich sie alle Ursache dazu hätten.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 11 des „L'Operale Italiano“, welche mit Nr. 22 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Bruder, darrast du nicht! — Der Streikführer und die Wissenschaft. — Größtungs-Gespräch. — Staatliche Erhebung über die Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter. — Italienische Auswanderung im ersten Quartal 1902. — Willen des Submissionswesens. — Erwas über die Hamburger Groß-Einkaufsgesellschaft. — Die Macht besteht in der Einigkeit. — Lohnbewegung. — Unglücksfälle auf Bauten. — Verschiedenes vom In- und Auslande.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag), 84. Heft des 20. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Hohe Regierungskunst. — Die Negerfrage in Amerika. Von Julius Wasth (Chicago). — Die Volksschule in der Manufakturperiode. Von Heinrich Schulz (Schluß). — Die Volksschule und die Landwirtschaft. Von Ernst Schönb. (Kommorowen). — Kunst und Volk. Von Friedrich Stampfer. — Die österreichische Gemeindeführung und die Sozialdemokratie. Von Hans Nefel. — Literarische Rundschau: Rudolf Springer. Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat. Von Dr. B. Ellenbogen. Jakob Goldkammer. Das historische Geleit. Von Dr. J. A. von Zanten. Die Arbeiterbewegung in den europäischen Staaten. Spemann's, Annalen 1901/1902. Konversationskalender für Jedermann.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postreure zum Preise von 4.25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5889 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 $\frac{1}{2}$. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Die Hütte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. W. Wasth) viertes Heft. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Sieg des Schwachen. Erzählung von Wilhelm Meyer. (Fortsetzung). — Morgenwind. Gedicht von Paul Gehe. — Der Wundenkiss. Ein Liebeslied. Von Rudolf Kraft. (Fortsetzung). — Bilder Ring. Gedicht von Helmut von Hiltner. — Die Infektionskrankheiten. Von Dr. Poppe. — Das neue Evangelium. Von Julius Borchardt. — Fahren des Vols. Von John Schlotzow. — Zweifeln. Märchen von Karl Erndt. — Frit von Uffe. Von S. S. Döcker. — Vom Perpetuum mobile. Von W. — Welgen. Von Spectator. — Störchenbrosch. Gedicht von Eduard Mörike. — Tropfen. Novelle von Alexander L. Kelland. (Schluß). — Kunstbeilage: Frit von Uffe. Kostet die Kindlein zu mir kommen.

Briefkasten.

Cunnersdorf, W. Als Sie Ihre Karte mit der Versammlungsanzeige dort absandten, mußte sie bereits hier eingelaufen sein. Die Aufnahme der Anzeige war daher nicht mehr möglich.

Windecken, O. Sie haben vergessen, in der Todesanzeige den Namen des verstorbenen Kollegen anzugeben.

Alt-Rech, H. Et. Dem Wortlaut des Grundbuch-Bemerkens nach hat der Verkäufer nur dann die Verpflichtung, die Auffahrt frei zu lassen, wenn er das Nachbargrundstück selbst bebaut (ein Gebäude errichtet) oder zwecks Bebauung weiterverkauft. Beide Eventualitäten sind bisher aber nicht eingetreten, sondern der Nachbar beabsichtigt das Grundstück und auch die dazugehörige Auffahrt. Wenn man sich an den Nachbarn hält, wäre der Nachbar also im Recht. Es ist aber doch wohl anzunehmen, daß bei dem Verkauf die Auffahrt aufgegeben worden ist, daß ihn und den Nachbarn Ihres Grundstücks unter allen Umständen die Ausübung der Auffahrt gesichert sein sollte. Befragen Sie sich zunächst einmal beim Grundbuchamt. Vielleicht wird von dieser Stelle aus dem Nachbar klargestellt, daß er im Unrecht ist. Wenn Sie auf diesem Wege nicht zu Ihrem Rechte kommen, müssen Sie schon dem Nachbar auf Unterhaltung des Kaufvertrages verklagen.

Landberg a. d. W., R. Da der Kollege Morgenstern weder der Verfasser des Artikels „Nachwehen der Auslieferung in Landberg“ ist, noch sonst zu ihm in irgend welcher Beziehung steht, so müssen wir die Aufnahme Ihrer Berichtigung ablehnen.

Groß-Otterleben, T. Den Preis des Inserats können Sie doch leicht selbst feststellen, da ja der Zeitpreis angegeben ist.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Nachdem Kollege C. Schwarz infolge Uebernahme des Postens als Vorsitzender für den Gau Oden aus dem Verbandsvorstande ausgeschieden war, mußten der Ausschuss und die Revisoren auf Grund des § 23 des Statuts eine Ersatzwahl vornehmen. Dieses ist geschehen und Kollege S. Deet, Hamburg, Expedient des „Grundstein“, vom beiden Körperschaften einstimmig zum Vorstandsmittglied gewählt.

Der Ausschuss: J. A. A. Dähne.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

An die Gau- und Zweigvereinsvorstände.

In der Woche vom 3. bis 9. August sollen in allen Zweigvereinen Feststellungen über Lohnhöhe und Arbeitszeit gemacht werden, um eine Uebersicht darüber zu gewinnen, wie weit in den letzten beiden Jahren (Reisjahre) eine Veränderung im Lohn und der Arbeitszeit eingetreten ist.

Wir geben den Gau- und Zweigvereinsvorständen hiermit heute schon Kenntnis, damit sie sich darauf einrichten können.

